

Erklärung der G7 zur Unterstützung der Ukraine

Elmau, 27. Juni 2022

Wir, die Staats- und Regierungschefs der Gruppe der Sieben (G7), stehen in unverbrüchlicher Solidarität zur Ukraine und bekräftigen unser unerschütterliches Bekenntnis, die Regierung und das Volk der Ukraine bei der mutigen Verteidigung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit ihres Landes und im Kampf für eine friedliche und demokratische Zukunft in Wohlstand zu unterstützen. Wir begrüßen die Entscheidung des Europäischen Rats, der Ukraine und der Republik Moldau den Status von Beitrittskandidaten zu geben. Wir werden die Ukraine weiterhin finanziell, humanitär, militärisch und diplomatisch unterstützen und an ihrer Seite stehen, solange es nötig ist. Dabei wollen wir globale Verantwortung und Solidarität demonstrieren, indem wir daran arbeiten, die internationalen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs, insbesondere auf die Schwächsten, anzugehen.

Verurteilung des russischen Krieges: Wir sind weiterhin entsetzt angesichts des brutalen, unprovokierten, durch nichts zu rechtfertigenden und illegalen Angriffskriegs gegen die Ukraine durch Russland und mit Hilfe von Belarus, den wir weiterhin verurteilen. Wir verurteilen Russlands fortgesetzte Versuche, Grenzen gewaltsam neu zu ziehen, und werden diese nicht anerkennen. Dieser verheerende Krieg hat dramatische Auswirkungen geschaffen, die weit über Europa hinausreichen. Er stellt eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und insbesondere einen groben Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen dar. Er untergräbt in erheblicher Weise das internationale regelbasierte System, auf dem Frieden, Wohlstand und Sicherheit weltweit gründen. Wir verurteilen ferner Russlands Versuche, demokratisch gewählte ukrainische Amtsträger durch unrechtmäßige zu ersetzen. Wir fordern Russland erneut auf, diesen gewollten Krieg zu beenden und alle Feindseligkeiten umgehend und ohne Vorbedingungen einzustellen sowie seine Truppen und sein militärisches Gerät aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abzuziehen. Wir bekräftigen unsere Verurteilung von Russlands ungerechtfertigtem Einsatz verbaler Drohgebärden in Bezug auf Nuklearwaffen und entsprechender Andeutungen. Russland muss seine internationalen Verpflichtungen einhalten, einschließlich derjenigen, die den Einsatz chemischer, biologischer oder nuklearer Waffen verbieten. Wir rufen Russland dringend dazu auf, sich verantwortungsvoll zu verhalten und Zurückhaltung zu üben, und betonen erneut, dass ein solcher Einsatz inakzeptabel wäre und ernste Konsequenzen nach sich zöge. Diesbezüglich bekunden wir

unsere ernste Sorge nach der Ankündigung Russlands, dass es atomwaffenfähige Raketen an Belarus liefern könnte.

Unterstützung der ukrainischen Bemühungen zur Beendigung des Krieges: Wir treten dafür ein, der Ukraine dabei zu helfen, ihre Souveränität und territoriale Unversehrtheit zu bewahren, sich zu verteidigen und selbst über ihre Zukunft zu bestimmen. Es obliegt der Ukraine, ohne Druck oder Einflussnahme von außen über eine künftige Friedensregelung zu entscheiden. Wir werden unser abgestimmtes Bemühen fortsetzen, den unmittelbaren Bedarf der Ukraine an militärischem Gerät und Verteidigungsgütern zu decken. Wir werden uns ferner weiterhin abstimmen, um die Ukraine mit Material, Ausbildung, Logistik, Aufklärung und wirtschaftlicher Unterstützung zum Aufwuchs ihrer Streitkräfte zu versorgen.

Bekanntnis zur Sicherheit und Widerstandsfähigkeit der Ukraine: Mit Blick auf eine tragfähige Friedensregelung nach dem Krieg sind wir bereit, uns gemeinsam mit interessierten Ländern und Institutionen und der Ukraine auf langfristige Sicherheitszusagen zu verständigen, um der Ukraine dabei zu helfen, sich selbst zu verteidigen, ihre freie und demokratische Zukunft zu sichern und künftige russische Angriffshandlungen durch Abschreckung zu verhindern. Wir sind bereit, die Widerstandsfähigkeit der Ukraine weiter zu stärken, indem wir unsere Zusammenarbeit beim Austausch nachrichtendienstlicher und sonstiger Informationen, in der Informationssicherheit sowie im Bereich der maritimen Sicherheit ausbauen. Wir werden die Ukraine weiterhin bei der Verteidigung ihrer Netzwerke gegen Cyberangriffe unterstützen und unsere Zusammenarbeit auf den Gebieten Energiesicherheit, Sicherheit von Kernmaterial und kerntechnischen Einrichtungen sowie Umweltschutz und Wassernutzung ausweiten. Wir werden die Ukraine weiterhin dabei unterstützen, sich der Bedrohungen ihrer demokratischen Institutionen und deren gemeinsamer demokratischer Werte und Grundsätze zu erwehren, auch durch Unterstützung für freie Medien sowie Bekämpfung von Desinformation und Eingriffen in demokratische Prozesse.

Humanitäre Hilfe: Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die willkürlichen Angriffe auf Zivilisten und die zivile Infrastruktur haben immenses menschliches Leid verursacht und zahllose Leben gekostet. Infolgedessen erleben wir heute die größte Fluchtbewegung von Zivilpersonen seit dem Zweiten Weltkrieg. Als G7 haben wir 2022 bislang mehr als 2,8 Milliarden US-Dollar an humanitärer Hilfe bereitgestellt und zugesagt. Wir unterstreichen unser gemeinsames Engagement, weiterhin den von Russlands Krieg betroffenen Menschen substanzielle und fortwährende humanitäre Unterstützung zu leisten, insbesondere um die Rechte von Frauen und Kindern zu schützen.

Unterstützung für Binnenvertriebene und Flüchtlinge: Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, Vertriebenen und Flüchtlingen Schutz und Unterstützung zu gewähren

und Aufnahmeländern Hilfe zu leisten. Wir würdigen die Solidarität und die Anstrengungen aller Länder, die die Ukraine unterstützen, indem sie Flüchtlinge aufnehmen, die aus den umkämpften Gebieten fliehen. Wir werden unsere Unterstützung durch Bereitstellung kurz- und mittelfristiger Hilfe sowie durch Verbesserung des Zugangs zu einer Reihe unterstützender Dienstleistungen für Vertriebene und Betroffene sowohl in der Ukraine als auch in anderen Aufnahmeländern ausbauen. Zu diesem Zweck bekräftigen wir unsere Unterstützung für die Unterstützungsplattform für die Republik Moldau. Wir werden uns darum bemühen, Flüchtlingen zu einer sicheren Durchreise zu verhelfen, auch durch die weitere Vereinfachung von Einwanderungs- und Visaverfahren, und Anstrengungen zu verstärken, der erhöhten Gefahr des Menschenhandels vorzubeugen und zu begegnen, der Flüchtlinge ausgesetzt sind, unter denen sich überproportional viele Frauen und Mädchen befinden. Unser Ziel ist es, die Integration ukrainischer Flüchtlinge in die Arbeitsmärkte weiter zu erleichtern, zu gewährleisten, dass sie ihre Arbeitnehmerrechte wahrnehmen können und dass diese geschützt werden, und ihnen Zugang zu angemessenem sozialen Schutz und angemessener Bildung zu gewähren.

Einhaltung des humanitären Völkerrechts: Wir rufen Russland dazu auf, seinen Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht nachzukommen. Wir rufen Russland nachdrücklich dazu auf, umgehend für einen sicheren, zügigen und ungehinderten humanitären Zugang und für funktionierende Fluchtkorridore zu sorgen, damit humanitäre Hilfe in belagerte Städte gelangt und Zivilpersonen sich an einem Ort ihrer Wahl in Sicherheit bringen können. Ferner fordern wir, dass Russland umgehend die sichere Rückkehr ukrainischer Staatsangehöriger zulässt, die häufig gewaltsam ohne ihre Einwilligung nach Russland verbracht wurden. Wir unterstreichen außerdem die Notwendigkeit, den Schutz neutraler, unparteiischer humanitärer Organisationen und ihrer in der Ukraine tätigen humanitären Helfer zu gewährleisten. Russland und seine Stellvertreter müssen das humanitäre Völkerrecht achten, was auch die Rechte und den Schutz einschließt, die Kriegsgefangenen nach den Genfer Übereinkommen zustehen. Wir verurteilen die Scheinprozesse, welche die Anwendung der Todesstrafe auf Angehörige der ukrainischen Streitkräfte zur Folge haben.

Rechenschaft für Kriegsverbrechen: Für Kriegsverbrechen und andere Gräueltaten darf es keine Straflosigkeit geben. Wir verurteilen die fortdauernden Angriffe auf Zivilpersonen und Nichtkombattanten, die systematischen Angriffe auf kritische Infrastruktur, auf Schulen und Kindergärten und auf Personal und Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie die konfliktbezogene sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt in der Ukraine auf das Schärfste. Wir verurteilen ferner die vorsätzlichen Angriffe auf ukrainische Kulturstätten und betrachten die Zerstörung des ukrainischen Kulturerbes durch russische Streitkräfte und die Unterdrückung der ukrainischen Sprache und der ukrainischen Medien in den von Russland unrechtmäßig besetzten Gebieten als einen Versuch, die Geschichte

und kulturelle Identität der Ukraine auszulöschen. Wir begrüßen und unterstützen die laufenden Ermittlungen in Bezug auf Kriegsverbrechen und Gräueltaten, unter anderem durch den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, die vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eingesetzte unabhängige internationale Untersuchungskommission und die Arbeit der Expertenmissionen im Rahmen des Moskauer Mechanismus der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie nationale Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine. Wir begrüßen Anstrengungen, die Zusammenarbeit bezüglich aller in der Ukraine stattfindenden Ermittlungen auszubauen und werden unsere polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit mit der Ukraine und einschlägigen Organisationen intensivieren. Wir begrüßen die ermittlungstechnischen und justiziellen Bemühungen auf nationaler Ebene im Einklang mit dem Weltrechtsprinzip, wo dies mit innerstaatlichem Recht vereinbar ist. Personen, die unmittelbar Kriegsverbrechen und andere grausame Verbrechen begangen haben, sowie Funktionsträgerinnen und -träger und führende Angehörige des Militärs, die für deren Begehung verantwortlich sind, müssen im Einklang mit dem Völkerrecht zur Rechenschaft gezogen werden.

Zuflucht für Dissidentinnen und Dissidenten, die vor der politischen Repression in Russland fliehen: Wir sind besorgt angesichts der Tatsache, dass Russlands brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine mit immer stärkeren Repressionen innerhalb Russlands selbst einhergeht, die sich vor allem gegen unabhängige Journalistinnen und Journalisten, Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten sowie Oppositionelle, aber auch gegen einfache Bürgerinnen und Bürger richten. Wir werden Russinnen und Russen, die vom russischen Regime verfolgt werden, nach Einzelfallprüfung und entsprechend unseren innerstaatlichen Gesetzen und Erfordernissen Schutz zur Verfügung stellen.

Verbesserte Ernährungssicherheit: Russland ist in erheblichem Maße verantwortlich für die infolge des Konflikts zunehmende Bedrohung der weltweiten Ernährungssicherheit. Russlands brutaler unprovoked Angriff auf die Ukraine mit seinen Bombenangriffen, Blockaden und Diebstählen hat die Ukraine massiv daran gehindert, ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse auszuführen, und schränkt ihre Produktionskapazität ein, was zu extremen Preisanstiegen führt und die weltweite Ernährungsunsicherheit für Millionen von Menschen verschärft, insbesondere für die am stärksten Gefährdeten wie Frauen und Kinder. Wir rufen Russland dringend dazu auf, seine Angriffe auf landwirtschaftliche und Verkehrsinfrastruktur ohne Vorbedingungen einzustellen und die freie Durchfahrt von Schiffen zu ermöglichen, die landwirtschaftliche Produkte von ukrainischen Häfen im Schwarzen Meer aus transportieren. Wir sind geeint in dem Entschluss, die Ukraine nach Kräften dabei zu unterstützen, Getreide, Öl und weitere landwirtschaftliche Produkte auszuführen, und wir werden abgestimmte Initiativen zur

Unterstützung der globalen Ernährungssicherheit fördern und die Ursachen der sich entwickelnden globalen Ernährungskrise angehen.

Sanktionen: Wir bekennen uns weiterhin fest zu unseren beispiellosen abgestimmten Sanktionsmaßnahmen als Reaktion auf Russlands Angriffskrieg, deren Auswirkungen sich im Laufe der Zeit weiter verstärken werden. Wir sind entschlossen, den internationalen wirtschaftlichen und politischen Druck auf das Regime von Präsident Putin und seine Helfershelfer in Belarus aufrechtzuerhalten und zu intensivieren, wodurch Russland die wirtschaftlichen Möglichkeiten für eine Fortführung seines Angriffskriegs gegen die Ukraine entzogen werden, und wir werden unseren gezielten Einsatz abgestimmter Sanktionen so lange wie nötig fortsetzen und dabei zu jedem Zeitpunkt geschlossen handeln. Der Einsatz unserer Sanktionen dient der Verteidigung der regelbasierten internationalen Ordnung, die Russland auf so ungeheuerliche Weise verletzt hat. Zu diesem Zweck billigen wir den Annex zur Unterstützung der Ukraine durch verantwortungsvolle Sanktionen gegen Russland.

Um unsere wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Russland weiter zu verschärfen, bekennen wir uns gemeinsam dazu, in den kommenden Tagen und Wochen im Einklang mit unseren jeweiligen Rechtssystemen folgende Maßnahmen zu ergreifen: Wir werden weiterhin neue Wege ausloten, um Russland von der Teilnahme am Weltmarkt auszuschließen, und hart gegen Umgehung vorgehen. Wir sind entschlossen, Russlands Einnahmen zu vermindern, auch in Bezug auf Gold. Ferner werden wir weiterhin Umgehung und Ersatz ins Visier nehmen. Wir werden Russlands Exporteinnahmen weiter vermindern, indem wir erforderliche Maßnahmen ergreifen, um die Abhängigkeit von russischer Energie weiter zu verringern, so wie im Abschnitt zu Energie in unserem Kommuniqué dargelegt. Wir werden uns weiterhin bezüglich Zollmaßnahmen mit Blick auf Einfuhren aus Russland abstimmen und mögliche Wege im Einklang mit unseren jeweiligen Rechtsvorschriften ausloten, um die Einnahmen soweit anwendbar zur Unterstützung der Ukraine zu verwenden. Wir werden gezielte Sanktionen miteinander in Einklang bringen und ausweiten, um Russlands Zugang zu wichtigen von unseren Volkswirtschaften erzeugten industriellen Vorprodukten, Dienstleistungen und Technologien weiter einzuschränken, insbesondere zu denen, welche Russlands industrielle Basis im Rüstungsbereich und seinen Technologiesektor stützen. Schließlich werden wir die Kosten des russischen Krieges gegen die Ukraine in die Höhe treiben, indem wir gezielte Sanktionen gegen all jene verhängen, die für Kriegsverbrechen verantwortlich sind, die unrechtmäßig Machtbefugnisse in der Ukraine ausüben und die an Russlands Bemühungen zur Erhöhung der weltweiten Ernährungsunsicherheit beteiligt sind, indem sie ukrainisches Getreide stehlen und exportieren oder anderweitig unrechtmäßig vom Krieg profitieren.

Während wir Russland und seinen Komplizen in dieser Aggression erhebliche Kosten auferlegen, werden wir die Weltwirtschaft weiterhin stützen und Maßnahmen ergreifen,

um Spill-Over-Effekte, insbesondere in Bezug auf humanitäre und sonstige Grundbedürfnisse sowie auf gefährdete Bevölkerungsgruppen, so gering wie möglich zu halten. Wir werden auch künftig sicherstellen, dass bei der Ergreifung weiterer Maßnahmen Nahrungsmittel nicht betroffen sind und der freie Verkehr landwirtschaftlicher Produkte gewährleistet wird; wir werden unser Möglichstes tun, um etwaige negative Auswirkungen und Spill-Over-Effekte auf Drittstaaten, insbesondere Länder mit geringem und mittlerem Einkommen, auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Uns eint die Entschlossenheit, diese Maßnahmen uneingeschränkt um- und durchzusetzen und in Bezug auf Sanktionen wachsam gegenüber Umgehung und Substituierung zu bleiben. Unter Verweis auf die Resolutionen der VN-Generalversammlung vom 2. und vom 24. März 2022 rufen wir alle Länder der Welt auf, gemeinsam mit uns die Grundsätze der VN-Charta zu verteidigen und sich uns mit ähnlichen Maßnahmen anzuschließen.

Finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung: Nach heutigem Stand sind wir bereit, bis zu 29,5 Milliarden US-Dollar an Budgethilfen im Jahr 2022 zu gewähren oder haben Mittel in diesem Rahmen zugesagt und bereitgestellt, um der Ukraine dabei zu helfen, ihre Finanzierungslücke zu schließen und die Bereitstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge für die ukrainische Bevölkerung weiterhin zu gewährleisten. Diese Unterstützung wird insgesamt dringend gebraucht und erfolgt zusätzlich zu der von 2014 bis 2021 geleisteten Wirtschaftshilfe in Höhe von mehr als 60 Milliarden US-Dollar. Wir begrüßen und unterstützen die laufende Arbeit der internationalen Finanzinstitutionen zur weiteren Bereitstellung substanzieller Finanzmittel für die Ukraine, insbesondere die finanzielle Unterstützung durch die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF), auch durch die Finanzierungsmechanismen der Weltbank, die mehrere Geber einbeziehen, sowie die Einrichtung des durch den IWF verwalteten Sonderkontos der Gebergemeinschaft für die Ukraine (Multi-Donor Administered Account for Ukraine). Wir sehen der geplanten zusätzlichen Unterstützung für ukrainische Staatsbetriebe und den Privatsektor durch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und die Internationale Finanz-Corporation (IFC), die sich auf 3,5 Milliarden US-Dollar beläuft, erwartungsvoll entgegen. Wir werden die EBWE auch durch gezielte Förderung kritischer Infrastruktur unterstützen, insbesondere durch Garantien für EBWE-Darlehen an Gas-, Strom- und Transportunternehmen. Bei unserer gesamten Unterstützung arbeiten wir mit Hochdruck daran, die Auszahlung unserer zugesagten Mittel an die Ukraine zu beschleunigen. Darüber hinaus sind wir entschlossen, der Ukraine dabei zu helfen, ihr Exportpotenzial maximal auszuschöpfen. Wir beauftragen unsere Finanzministerinnen und -minister, weiter mit den internationalen Finanzinstitutionen und der Ukraine zusammenzuarbeiten, um deren Finanzbedarf einzuschätzen und darauf zu reagieren. Wir beauftragen die G7-Handelsministerinnen und -minister, konkrete Vorschläge zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholungsbestrebungen der Ukraine durch

handelspolitische Maßnahmen zu erörtern, darunter beispielsweise die Aussetzung von Zöllen auf ukrainische Exporte.

Wiederaufbau: Wir erkennen die verheerende Zerstörung von Infrastruktur, einschließlich elementarer sozialer und öffentlicher Infrastruktur, von Städten sowie von Industrie- und Agraranlagen in der Ukraine ebenso an wie die dringende Notwendigkeit eines umgehenden Wiederaufbaus kritischer Infrastruktur. Wir sind bereit, einen internationalen Wiederaufbauplan zu unterstützen, der von der Ukraine in enger Abstimmung mit bilateralen und multilateralen Partnern und Organisationen geplant, erstellt und umgesetzt wird und der eine tragfähige, krisenfeste und ökologische wirtschaftliche Erholung unterstützt, die alle einschließt und die starke demokratische Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung fördert. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Initiative des Vorsitzes, zusammen mit der Ukraine eine hochrangige internationale Konferenz von Sachverständigen einzuberufen, um Fortschritte im Hinblick auf einen umfassenden Wiederaufbauplan zu erzielen. Wir unterstützen das Hilfspaket der Weltbankgruppe für die Ukraine und das Resilienzpaket der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie die laufende Arbeit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten bezüglich einer Plattform für den Wiederaufbau in der Ukraine und eines Solidaritätsfonds. Gemeinschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft einschließlich Frauenrechtsorganisationen sowie der Privatsektor sollten an der Planung der Zukunft der Ukraine aktiv mitwirken. Der Plan für Neu- und Wiederaufbau sollte lokale Resilienz und gesellschaftlichen Zusammenhalt schaffen, indem gewährleistet wird, dass alle Mitglieder der Gesellschaft, insbesondere die am stärksten vom Krieg betroffenen, gleichermaßen davon profitieren. Wir bekennen uns nachdrücklich zur Unterstützung des Wiederaufbaus in der Ukraine und werden unsere jeweiligen Anstrengungen intensivieren. Darüber hinaus werden wir weitere tragfähige Optionen ausloten, um den humanitären Bedarf der Ukraine zu decken und einen frühzeitigen Wiederaufbau sowie den Neubeginn zu unterstützen, auch durch Nutzung eingefrorener russischer Vermögenswerte im Einklang mit unserem jeweiligen innerstaatlichen Recht. Wir rufen alle Partner dazu auf, sich unseren Bemühungen anzuschließen und sich mit uns dafür einzusetzen, der Ukraine bei der Neuerrichtung ihrer Zukunft zu helfen.